

## Wochenendgespräch

«

12.12.2009 / Wochenendbeilage / Seite 1 (Beilage)

### »Die schwarz-gelbe Koalition ist die schlechteste Lösung«

Gespräch mit Hans-Jürgen Urban. Über gewerkschaftliche Politik in der Krise, die Tarifpolitik der IG Metall, den Regierungsfahrplan zur Demontage des Sozialstaates und die Aufgaben der »Mosaik-Linken«

Johannes Schulten

Hans-Jürgen Urban (geb. 1961) ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall und dort zuständig für Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung

*Keine Entlassung in der Krise« lautet aktuell das Hauptmotto der IG Metall. Tatsächlich blieben zwar bisher, trotz der Turbulenzen um Opel und Daimler, die Belegschaften großer Metallbetriebe weitgehend von Arbeitsplatzvernichtung verschont. Doch haben zugleich Zehntausende Leiharbeiter und Befristete ihren Job verloren. Ist die Gewerkschaft gescheitert?*

Der Slogan »Keine Entlassung in der Krise« wendet sich vor allem gegen die drohenden Massenentlassungen. Sie sind infolge des Einbruchs der Produktion und der Aufträge zu befürchten. Bisher war unsere Strategie für viele Beschäftigungsgruppen erfolgreich. In den vergangenen anderthalb Jahren haben wir allerdings einen schleichenden Abbau von Beschäftigung erlebt – in der Metallbranche fielen allein etwa 150000 Stellen weg. Betroffen waren zuerst zahlreiche Leiharbeiter und befristet Beschäftigte. Wir hätten uns für diesen Bereich mehr Erfolge gewünscht.

*Das liegt sicherlich auch an der Schwierigkeit, Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeitskraft verleihen müssen, zu organisieren. 2008 gab es dazu eine größere Kampagne. Hat sich diese mit der Orientierung auf die Stammebelegschaften erledigt?*

Wir sind nach wie vor in der Diskussion, wie wir mit der Krisensituation umgehen. Aber klar ist, daß wir die Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«, die auch das Thema prekäre Beschäftigung aufgreift, mit verschiedenen Schwerpunkten fortführen werden. Doch hat sich in der Tat herausgestellt, daß die Erwartung, Leiharbeitnehmer würden in großer Zahl zu den Gewerkschaften kommen und sich so eine Mobilisierung dieser Beschäftigten erreichen läßt, sich nicht erfüllt hat. Die Möglichkeit, eigenständig Tarifverträge durchzusetzen, ist sehr begrenzt. Deswegen versuchen wir, unsere Verhandlungsmacht insbesondere in den Bereichen, in denen wir besser organisiert sind, noch stärker zu nutzen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Betriebe, die Leiharbeiter beschäftigen – eine Politik, die sowohl Stammebelegschaften als auch prekär Beschäftigte erreichen soll.

*Zur Verhinderung von Massenentlassungen hat die IG Metall bislang vor allem auf staatlich subventionierte Kurzarbeit gesetzt. Steckt dahinter die Vorstellung, die Wirtschaft werde sich schon absehbar erholen, und es gelte lediglich, die Zeit zu überbrücken?*

Drei Faktoren sorgten bisher dafür, daß es nicht zu Massenentlassungen gekommen ist: Arbeitszeitkonten, Kurzarbeit in sehr hohem Umfang sowie die Anwendung bereits

vorhandener tarifvertraglicher Regelungen. Wir gehen nicht davon aus, daß es in absehbarer Zeit zu einer schnellen wirtschaftlichen Erholung kommen wird. Von einem Aufschwung kann überhaupt noch keine Rede sein. Die Sicherung von Beschäftigung bleibt deshalb ganz oben auf unserer Tagesordnung.

***Trotzdem die Frage: Was kommt nach befristeten Maßnahmen wie der Kurzarbeit?***

Dazu haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht. So soll zum Beispiel ein öffentlicher Beteiligungsfonds eingerichtet werden. Aus ihm könnte Betrieben, die nachweislich durch die Krise in eine existenzgefährdende Lage geraten sind, finanzielle Mittel zukommen, etwa durch die Gewährung von Bürgschaften, um Kredite zu verbilligen, oder auch durch direkte Beteiligung. Das wäre dann an Auflagen gebunden. Wo öffentliches Geld fließt, sollte öffentliches Eigentum entstehen und Einfluß genommen werden. Die Krisenhilfe von in Not geratenen Betrieben muß mit strukturellen Veränderungen einhergehen. Es geht um nicht weniger als einen nachhaltigen und sozial orientierten Umbau der Wirtschaft und die grundlegende Ökologisierung der Industrie. Das beginnt mit neuen Anforderungen an Produkte, geht über die Gestaltung von Arbeitsprozessen und reicht bis zu den dafür notwendigen Qualifizierung der Beschäftigten. Das wird nur mit Beschäftigungssicherung gehen.

***Sie sprechen von »öffentlicher Einflußnahme« in den Betrieben. Wie soll diese aussehen?***

Es geht um die Demokratisierung der Wirtschaft. Ich greife Willy Brandts einstigen Anspruch auf, »mehr Demokratie zu wagen«. Wir wollen »mehr Wirtschaftsdemokratie wagen« und bisherige wirtschaftliche Orientierungen überwinden. Dazu gehören die Renditemaßstäbe der Finanzmärkte ebenso wie die Fixierung auf Produktpaletten, die schnelle Profite versprechen, aber mit den langfristigen Entwicklungen von Märkten oder der Umwelt überhaupt nicht kompatibel sind. Davon müssen wir wegkommen. Allerdings ist ein solcher Strukturwandel nicht zu erreichen ohne eine Einflußnahme der Öffentlichkeit sowie vor allem ohne einen Ausbau der Mitbestimmung von Gewerkschaften und Belegschaften. Die muß gegen die Gewinn- und gegen die Machtinteressen einer wirtschaftlichen und auch einer politischen Elite durchgesetzt werden. Und dazu gibt es nur eine Möglichkeit: mehr Demokratie.

***Das ist Zukunftsmusik. Wie sieht die aktuelle Tarifpolitik der IGM aus, Stichwort Lohnentwicklung?***

Die Lohnentwicklung muß grundsätzlich mit dazu beitragen, die Binnenökonomie zu fördern. Einkommen dürfen sich nicht nur nach Kostenaspekten entwickeln. Es gilt anzuerkennen, daß Löhne auch volkswirtschaftliche Nachfragefaktoren sind. Also brauchen wir eine Wende in der Verteilungspolitik.

***Trotzdem hat der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber mit Blick auf die nächste Tarifrunde angekündigt, daß in Krisenzeiten keine größeren Lohnerhöhungen durchgesetzt werden können. Bricht nach den Zuwachs-Lohnrunden der vergangenen drei Jahre nun wieder die Zeit der Umverteilung von unten nach oben an?***

Ich hoffe nicht. Trotz der schwieriger werdenden Kampfbedingungen wollen wir ein erneutes Rollback in der Verteilungsfrage verhindern. Zunächst müssen wir festhalten: In Phasen der ökonomischen Krise, der ansteigenden Arbeitslosigkeit verschlechtern sich die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen. Für uns ist auf jeden Fall klar: Es geht in erster Linie um die Sicherung von Beschäftigung, und eine Tarifrunde, die eben darauf setzt, ist alles andere als bescheiden. Und man muß auch registrieren, daß es in den Betrieben eine Stimmung gibt, die Arbeitsplätze zu erhalten. Die IG Metall steht vor der Herausforderung, eine Tarifpolitik hinzubekommen, die dem Thema Beschäftigungssicherung Rechnung trägt, gleichzeitig die Binnennachfrage nicht weiter einknicken läßt und einen verteilungspolitischen Rollback verhindert. Das unter einen Hut zu bringen, das wird die Aufgabe der kommenden Tarifrunde sein.

***Die IG Metall hat unmittelbar nach Antritt der neuen Regierung vor einer »Agenda 2020« gewarnt. Ein massiver Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung stünde bevor. Haben Sie sich getäuscht oder kommt das dicke Ende noch?***

Richtig ist: Die IG Metall hat vor einer schwarz-gelben Koalition gewarnt. Die ist die schlechteste Lösung aus Sicht der abhängig Beschäftigten. Jetzt erscheint es manchem so, als sei alles halb so wild. Auch in den Gewerkschaften wird hier und da Entwarnung gegeben. Ich teile das nicht und stütze mich dabei auf den Koalitionsvertrag. Darin wird auf einigen Feldern wie etwa im Gesundheitssystem der Systembruch propagiert. Die letzten Elemente von Solidarität und von Sozialstaatlichkeit sollen verschwinden. Es liegt ein regelrechter Fahrplan zur Demontage des Solidarsystems der gesetzlichen Krankenversicherung vor. In der Arbeitsmarktpolitik oder der Rentenpolitik dagegen wird kein Paradigmenwechsel eingeleitet. Vielmehr wird an der falschen Weichenstellung der Vorgängerregierungen festgehalten. So wurde die Teilprivatisierung der Alterssicherung über das Riester-Modell und das massive Absenken des Rentenniveaus selbst für langjährig Versicherte schon früher eingeleitet. Wir steuern auf Altersarmut als Massenphänomen durch die Gesetze der alten Bundesregierung zu. Alles keine Gründe zur Entwarnung, sondern Anlaß, darüber nachzudenken, wie man politische Gegenwehr organisiert.

***Wie soll das geschehen? Sie vertreten die These, Gewerkschaften brauchen Bündnispartner, um wieder durchsetzungsfähig zu werden. In diesem Zusammenhang haben Sie den Begriff »Mosaik-Linke« geprägt. Was verstehen Sie darunter?***

Die Mosaik-Linke hat zwei zentrale Aufgaben. Elementar ist die interne Konsolidierung der Gewerkschaften. Wir werden, in welcher Bündniskonstellation auch immer, nur eine wichtige Rolle spielen können, wenn wir auf den Kernfeldern – Betriebe und Tarifkonflikte – stark und durchsetzungsfähig sind. Das allein reicht nicht. Deshalb müssen sich – Komponente zwei – die erneuerten Gewerkschaften für Bündnispolitik und Fragen anderer gesellschaftlicher Akteure öffnen. So stellt die Frage einer »Ökologisierung des industriellen Produktionsmodells« eine Herausforderung dar, die die Gewerkschaften allein nicht werden bewerkstelligen können.

***Nun existiert insbesondere in den sozialen Bewegungen die nicht unbegründete Angst, von großen Organisationen wie der IG Metall dominiert zu werden. Ist sie real?***

Es geht um eine Kooperation zum wechselseitigen Vorteil. Sicherlich haben die Gewerkschaften mit ihren starken Strukturen in den Betrieben und die IG Metall beispielsweise mit 2,3 Millionen Mitgliedern Möglichkeiten, die Initiativen und soziale Bewegungen vor Ort nicht haben. Andererseits kann die IG Metall von Diskussionen über neue Ideen, von Initiativen und Organisationen profitieren, die kleiner sind und die aus einem anderen Milieu kommen. Gegenwärtig diskutieren wir beispielsweise das Konzept des Organizing. Es geht darum, über eine eher konfliktorientierte, mobilisierungsorientierte Strategie in Wirtschaftssektoren vorzudringen, in denen die Gewerkschaften bisher nicht vertreten sind. Elementarer Bestandteil ist die strategische Kampagnenführung – ein Bereich, in dem viele Nichtregierungsorganisationen viel erfahrener sind als die Gewerkschaften. Das eröffnet Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit.

***Welche Rollen haben beim Konzept der »Mosaik-Linken« Parteien? Manche von ihnen – Sozialdemokraten wie Kommunisten – verstanden sich schließlich in der Vergangenheit selbst als »politischer Arm der Arbeiterbewegung«.***

Die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit ist eine Tatsache. Andererseits gibt es einen starken Wählerwillen links von dieser Mehrheit. Die SPD ist abgestürzt. Bei anderen potentiellen Trägern eines linken Projektes, Grünen und Linkspartei, ist die Debatte über die Etablierung eines politischen Gegengewichts noch nicht ausgereift. Es existiert derzeit kein gemeinsames politisches Projekt. Dieses zu schaffen, ist eine zentrale Aufgabe, doch fehlen derzeit die

inhaltlichen Voraussetzungen. Die Mosaik-Linke muß sich darüber im klaren werden, daß es eine ihrer zentralen Aufgaben ist, in die politischen Arenen hineinzuwirken. Für einen paradigmatischen Wechsel hin zu einer solidarischen Politik werden Gesetze gebraucht, es müssen Haushalte aufgestellt werden. Und das ist eine Aufgabe, die sowohl die Parteien als auch die Akteure der Mosaik-Linken gemeinsam zu bewerkstelligen haben.

Veröffentlichungen:

- Die Mosaik-Linke: Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und Internationale Politik 5/2009, S. 71–78
- Notstand der Demokratie: Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Gemeinsam herausgegeben mit Frank Deppe, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban, VSA (2009)